

Werner Kahle  
Rabenstr. 42  
25421 Pinneberg  
Tel 62475  
wkahle@gmx.de



**FDP-Fraktion der  
Ratsversammlung  
Pinneberg**

Herrn Bürgervorsteher Artur Lontzek

c/o Stadtverwaltung Pinneberg  
per Fax 211-400  
sowie [info@stadtverwaltung.pinneberg.de](mailto:info@stadtverwaltung.pinneberg.de)

C/ an Fachbereich 3  
per Fax 211-555  
sowie [FB3@stadtverwaltung.pinneberg.de](mailto:FB3@stadtverwaltung.pinneberg.de)

14.10.2007

### **Antrag der FDP-Fraktion zur Ratsversammlung**

Betr.: Änderung bzw. Ergänzung des Rahmenplans Eggerstedt Kaserne

Sehr geehrter Herr Lontzek,

wir bitten Sie, das Thema Rahmenplan auf die Tagesordnung der nächsten Ratsversammlung zu setzen und stellen dazu folgenden Antrag:

**„Die Verwaltung wird beauftragt, den Rahmenplan dahingehend zu überarbeiten, dass das Kasernengelände auch für Bildungs- und Forschungsstätten sowie öffentliche Einrichtungen und Verwaltungen mit größerem Platzbedarf genutzt werden kann.“**

#### **Begründung**

Seit dem Beschluss des Rahmenplans hat sich die Situation selbst für seine Verfechter grundlegend geändert.

Nach Auffassung der FDP hat sich der Rahmenplan in seiner jetzigen Form als Hindernis für potentielle Investoren erwiesen, die das Kasernengelände großflächig für andere Zwecke als für eine Wohnbebauung nutzen wollen. Mit dem geltenden Rahmenplan vergeblich Pinneberg zukunftsträchtige Chancen.

Dass eine andere - auch bestandserhaltende - Nutzung möglich und sinnvoller erscheint als die im Rahmenplan vorgesehene Wohnnutzung, zeigt die Bewerbung des BfW zur Errichtung einer Bildungsstätte.

Und ganz aktuell verlautete, dass einer der drei vom Kreis Pinneberg in die engere Wahl gezogenen Investoren für den Bau und Betrieb des neuen Kreishauses in unserer Stadt u.a. auch das Kasernengelände als Standort in Betracht zieht.

Beide genannten Beispiele zeigen, dass durchaus starkes Interesse an einer Nutzung besteht, die insbesondere die Infrastruktur der Stadt erheblich weniger beansprucht als die bisher geplante Wohnbebauung mit etwa 600 WE.

Sowohl potenzielle Investoren wie auch der Bund als Eigentümer des Geländes brauchen jetzt dringend ein deutliches Signal, dass die Stadt derartige Nutzungen gutheißt und den Rahmenplan dafür öffnet, und zwar bevor der Bund das Gelände möglicherweise an Investoren veräußert, die der Stadt überhaupt nicht genehm sind.

Mit freundlichen Grüßen            Werner Kahle